

## **Westpapua: Indigene wehren sich gegen Landraub – Kirche steht solidarisch an ihrer Seite**

Protest gegen Militärprojekte und erzwungene Landnahme – GKI-TP begleitet Widerstand mit pastoralen Schreiben

**(Wuppertal/Biak Numfor, 16.02.2026)** In Westpapua spitzt sich der Konflikt um großflächige staatliche Entwicklungs- und Militärprojekte weiter zu. Rund 5.600 Hektar indigenes Land in Ost-Biak, Supiori sowie Nord- und Süd-Biak sollen für den Bau eines Militärhauptquartiers und eines Satelliten-Flugplatzes im Rahmen eines nationalen Raumfahrtprogramms beansprucht werden. Die betroffenen indigenen Gemeinschaften lehnen diese Pläne entschieden ab.

### **Kirche in Papua prangert Landraub an**

Mit einem [pastoralen Schreiben vom 11. Februar](#) und einem gemeinsamen Protestmarsch in Biak Numfor fordert die Evangelisch-Christliche Kirche im Land Papua (GKI-TP), ein Mitglied der Vereinten Evangelischen Mission (VEM), den sofortigen Stopp der unrechtmäßigen Beschlagnehmung traditioneller indigener Landflächen für wirtschaftliche und militärische Zwecke. Sie setzt damit ein deutliches Zeichen der Solidarität mit den betroffenen Gemeinschaften.

Das Schreiben verweist außerdem darauf, dass die notwendige Zustimmung der rechtmäßigen Eigentümer traditioneller Landflächen nicht eingeholt wurde. Vertreter\*innen der indigenen Institution Biak Numfor Kankain Karkara Byak betonten, dass das betroffene Land der traditionellen Gemeinschaft der Abrau-Rumander vom Stamm der Warbon in Nord-Biak gehört. Eine kursierende unterzeichnete Zustimmungserklärung sei eine Fälschung.

### **Land ist Leben**

In einem [zweiten Schreiben der GKI-TP](#) werden die Folgen des staatlichen Landraubs für die indigene Bevölkerung erläutert. Für die betroffenen Gemeinschaften geht es dabei nicht nur um die Fläche: Traditionelles Land ist in Papua untrennbar mit Identität, Geschichte, Spiritualität und kollektiver Würde verbunden. Eine erzwungene Umsiedlung infolge der Militärpläne würde den Verlust kultureller Zugehörigkeit, sprachlicher Identität und sozialer Verwurzelung bedeuten. Jede Abtretung traditioneller Landrechte an den indonesischen Staat entzieht den Gemeinschaften Verwaltungs- und Erbrechte, verwandelt Lebensraum in militärische Zonen und gefährdet die Lebensgrundlagen sowie die wirtschaftliche Unabhängigkeit künftiger Generationen. Gleichzeitig berichten Mitglieder der Gemeinschaften von langjährigen Einschüchterungen und Gewalt durch staatliche Sicherheitskräfte. Entsprechend groß ist die Sorge, dass mit der Ausweitung militärischer Präsenz neue Menschenrechtsverletzungen entstehen könnten.

Auch in Supiori und Süd-Biak verschärft sich die Lage: In Supiori wurde das Land der Adfat-Gemeinschaft für militärisch flankierte Plantagen- und Fischereiprojekte unrechtmäßig in Besitz genommen. In Süd-Biak soll der Militärflugplatz Manuhua erweitert werden; mehrere Gemeinschaften werden aufgefordert, ihr Land zu verlassen. Beobachter verweisen

---

#### **Vereinte Evangelische Mission (VEM)**

Dr. Martina Pauly · Pressesprecherin  
Rudolfstr. 137 · D-42285 Wuppertal  
Fon +49 (0)202 89004-135 · Fax +49 (0)202 89004-179  
[Pauly-m@vemission.org](mailto:Pauly-m@vemission.org) · [www.vemission.org](http://www.vemission.org)

auf gravierende Machtungleichgewichte und die fehlende Durchsetzung von Rechten der angestammten Bevölkerung.

### **Unterstützung durch die VEM und das Westpapua-Netzwerk**

Die VEM steht an der Seite ihrer Mitgliedskirche GKI-TP in ihrem Einsatz für Gerechtigkeit und die Wahrung der Rechte indigener Völker. „Wenn indigenen Gemeinschaften in Papua Land entzogen und Militärpräsenz ausgeweitet wird, geht es nicht nur um Fläche, sondern um Identität, Kultur, Lebensgrundlagen und Würde. Wir nehmen die eindringlichen Stimmen aus Biak und Supiori sehr ernst und stehen an der Seite der Menschen und der Kirche vor Ort, die Transparenz, freie Zustimmung und den Schutz ihrer Rechte einfordern“, so Thea Hummel, Leiterin der Advocacy-Abteilung der VEM.

Auch das [Westpapua-Netzwerk](#) bekräftigt seine Unterstützung für die Forderungen der indigenen Papua zum Schutz ihrer Landrechte. Das Netzwerk setzt sich dafür ein, dass Entwicklung und Umweltschutz in Westpapua als sozial gerechter Prozess verstanden werden, der indigene Rechte, Biodiversität und langfristige ökologische Stabilität ins Zentrum rückt. Die Koordinatorin des Westpapua-Netzwerks, Barbara Hillebrand, meint: „Westpapua gehört zu den letzten großflächig intakten Naturregionen Südostasiens. Tieflandregenwälder, Savannen und Feuchtgebiete bilden nicht nur einen global bedeutsamen Klimapuffer, sondern sind seit Generationen Lebensgrundlage indigener Gemeinschaften. Genau diese Landschaften geraten in Westpapua nun massiv unter Druck. Der Ausbau von militärischen Aktivitäten und nationalen Entwicklungsprojekten in Westpapua führt nicht zu einer Förderung der Entwicklung und Sicherheit in Westpapua, sondern zu Flucht, Vertreibung und dem Verlust von Landrechten, Geschichte und Kultur der indigenen Papua. Der Slogan „Papua bukan tanah kosong“ – „Papua ist kein leeres Land“ fasst die Forderung der indigenen Papua zusammen: indigene (Land-)Rechte müssen anerkannt und geschützt werden. Entwicklung darf nicht auf Enteignung, Militarisierung und ökologischer Zerstörung beruhen.“

### **Aufruf zur Solidarität mit Papua**

Kirche und indigene Gemeinschaften in Papua fordern die indonesische Regierung auf, die geplante Ausweitung von Ölpalmenplantagen und der Militärpräsenz in ganz Westpapua zu stoppen. Sie lehnen den Landraub an traditionellem Land der indigenen Gemeinschaften entschieden ab und rufen die weltweite Kirchenöffentlichkeit zur Solidarität auf.

### **Stichwort „VEM“**

*Die Vereinte Evangelische Mission (VEM) mit Büros in Wuppertal, Pematangsiantar (Indonesien) und Daressalam (Tansania) ist eine internationale, gleichberechtigte Gemeinschaft von 39 Mitgliedern, darunter 32 evangelische Kirchen in Afrika und Asien sowie sechs deutsche EKD-Kirchen und die v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel. Die VEM verfolgt konsequent ein ganzheitliches Missionsverständnis. Dazu gehört, die Lebensumstände notleidender und benachteiligter Menschen unter Achtung ihrer persönlichen Würde und Berücksichtigung ihres kulturellen Kontexts zu verbessern.*